

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 19.

Sonntag, den 7. Mai 1922.

4. Jahrgang.

Verlagsgesellschaft „Lobzer Freie Presse“ m. b. H.
Betrlikauer Straße Nr. 86. Geldsendungen und Zuschriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Ludwig Wolff, Gdankstraße Nr. 112.
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postaufstellung 300 Mt. vierteljährlich f. Deutschland RM. 30.— Anzeigenpreis: für die sechs-spaltene Kleinzeile Mt. 60.—, für Deutschland RM. 6.—

Meine Lieder.

Musenkinder, kehrt ihr wieder
Ein in meiner stillen Zelle?
Soll euch singen, zarte Lieder
Von des Lebens goldner Welle.

Soll euch singen, frohe Lieder,
Von des Lebens Glückestagen
Und von seiner Farbenfülle
Kunde zu den Menschen tragen?

Musenkinder, holde Lieder,
Fahret wohl! Ich kann nicht singen,
Wo mein Volk mit Höllenmächten
Um sein Dasein schwer muß ringen.

Seit ich meines Volkes Leiden,
Not und Elend an muß sehen,
Schauen muß, wie man's verraten,
Wie es die Verräter schmähen,

Legt' ich fort das Spiel der Saiten. —
Will durch Sturmfanfaren sprechen
Von des Deutschtums Schmach zur Menschheit,
Von der Schmach, die Gott wird rächen!

J. W.

Um die Zukunft der lutherischen Kirche Polens.

Eine Denkschrift der Ausführungs-kommission.

Die Ausführungskommission der evangelisch-lutherischen Gemeindeglieder der Stadt Lodz hat eine Abordnung nach Warschau entsandt die dem Sejmarschall sowie den einzelnen Sejmklubs die Wünsche der evangelischen Gemeinden betreffs des Antrages Bobel unterbreiten soll. Die Denkschrift der Ausführungskommission hat folgenden Wortlaut:

„Auf Veranlassung der Kirchenkollegien der St. Trinitatis- und Johannisgemeinde zu Lodz, die die zahlreichen evangelisch-augsburgischen Gemeinden in der Republik Polen bilden, wurde am 5. April d. J. eine Versammlung der Mitglieder beider Gemeinden zwecks Besprechung wichtiger kirchlicher Fragen einberufen. Von den versammelten 4000 Mitgliedern beider Gemeinden wurde eine Reihe von Entschlüssen angenommen und eine aus 15 Personen bestehende Ausführungskommission gewählt, der die Ausführung der gefassten Beschlüsse übertragen wurde. Eine ganze Reihe anderer größerer Gemeinden hat sich den Lodzer Beschlüssen bereits angeschlossen, während keine einzige Gemeinde gegen diese Beschlüsse Protest erhoben hat.

Eine der dringendsten Aufgaben der Ausführungskommission ist gemäß den Entschlüssen der Versammlung vom 5. April d. J. die Durchführung einer Aktion zwecks Verhinderung der vom gesetzgebenden Sejm beabsichtigten Annahme des Dringlichkeitsantrages des Abgeordneten Bobel und Genossen vom 30. März d. J. in Sachen der Einberufung einer allgemeinen konstituierenden Landesynode der evang.-augsb. Kirche der Republik Polen. Beide evang.-augsb. Gemeinden der Stadt protestieren auf das Schärfste gegen den Antrag des Abg. Bobel, da dieser Antrag sowohl zu den durch die Konstitution der Republik Polen vom 17. März 1921 gebilligten Grundsätzen der Demokratie als auch zu den grundlegenden Prinzipien des evang.-augsb. Bekenntnisses in kräftigem Widerspruch steht.

Den demokratischen Grundsätzen widerspricht in erster Linie die in Art. 1 des Antrages Bobel vorgesehene Zusammensetzung der Synode. Auf Grund dieses Artikels gehören der Synode von Amts wegen die Mitglieder des Konfistoriums, die Professoren der theologischen Fakultät und sämtliche Pastoren an. Diese Bestimmung ruft bei den polnischen Staatsbürgern evang.-augsb. Bekenntnisses große Unzufriedenheit hervor, denn diese verlangen eine Synode, die in ihrem vollen Bestande aus den Wahlen hervorgehen soll. Andererseits steht diese Bestimmung im Widerspruch zu den Grundsätzen des evang.-augsb. Bekenntnisses, da durch sie der überwiegende Einfluß und somit die ganze Macht in der Kirche der Pastorenschaft in die Hände gespielt wird. Das evang.-augsb. Bekenntnis dagegen erheischt die weitgehendste Beteiligung sämtlicher Glieder der Kirche an der Entscheidung über die Geschicke derselben. Der Art. 1 des Antrages Bobel stellt daher eine offensichtliche Vergewaltigung der religiösen Grundsätze dar und ist aus diesem Grunde für die Allgemeinheit der polnischen Staatsbürger evang.-augsburgischen Bekenntnisses ganz entschieden unannehmbar.

Der Art. 2 des besagten Antrages enthält Bestimmungen, die sogar den bescheidensten Erfordernissen der Demokratie Hohn sprechen und dem Geiste der Zeit nicht im geringsten Rechnung tragen. Anstelle des heute in der ganzen Welt und auch durch unsere Konstitution anerkannten fünfgliedrigen Wahlrechts führen diese Bestimmungen ein dreigliedriges Wahlrecht ein. Den Höhepunkt der reaktionären Tendenz des Antrages aber bildet die Festsetzung des Wahlalters auf das 24. und des Wählbarkeitsalters auf das 30. Lebensjahr. Die Allgemeinheit der polnischen Staatsbürger evang.-augsb. Bekenntnisses kann sich mit derartigen Bestimmungen nicht einverstanden erklären und fordert die Durchführung

der Wahlen auf Grund der Art. 11, 12 und 13 der Konstitution der Republik Polen vom 17. März 1921.

Der Art. 3 des Antrages Bobel überträgt die Durchführung der Wahlen und die Erlassung der entsprechenden Wahlvorschriften dem evang.-augsb. Konfistorium in Warschau. Diese Bestimmung hat bei den Mitgliedern der evang.-augsb. Kirche Polens große Empörung hervorgerufen, da das evang.-augsb. Konfistorium zu Warschau bei der weitaus überwiegenden Mehrheit der evangelischen Bevölkerung im Lande nicht das geringste Vertrauen besitzt. Das gegenwärtige evang.-augsb. Konfistorium entspricht nicht den Wünschen der evangelischen Allgemeinheit, da es einen Überrest der ehemaligen zarischen russischen Regierung darstellt, von der es erannt wurde. Die Versammlung vom 5. April d. J. hat dieser Unzufriedenheit Ausdruck gegeben, indem sie dem gegenwärtigen Konfistorium einmütig ihr Mißtrauensvotum aussprach. Die evangelische Allgemeinheit wünscht, daß die Durchführung der Wahlen den fünf ältesten Pastoren der evang.-luth. Kirche Polens übertragen werde, die vom Ministerium für Kultus und Volksaufklärung dazu berufen werden sollen.

Angeichts obiger Ausführungen wendet sich die Ausführungskommission in ihrer Eigenschaft als gewählte Vertretung der beiden zahlreichsten Gemeinden der Republik Polen an die Klubs der Sejmabgeordneten mit der dringenden Bitte um Unterstützung der von uns den Wünschen der Allgemeinheit gemäß eingeleiteten Aktion. Die Ausführungskommission richtet an die Herren Sejmabgeordneten die dringende Bitte, sie möchten mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, daß der Antrag des Abg. Bobel von der Tagesordnung der Sejmberatungen zurückgezogen werde, da er im Widerspruch steht mit dem Willen derjenigen, für die das Gesetz bestimmt ist, und die elementarsten Grundsätze der Demokratie sowie die Grundlagen des evang.-augsb. Bekenntnisses vergewaltigt.

Die Ausführungskommission bittet gleichzeitig die Herren Sejmabgeordneten um Unterstützung des beiliegenden Antrages des Abg. Spickermann und Genossen, da dieser den Wünschen der Allgemeinheit der polnischen Staatsbürger evang.-augsb. Bekenntnisses voll und ganz entspricht.

Indem wir auf die schwerwiegende Bedeutung der angeführten Grundsätze und auf die erhabenen Lösungen bauen, von denen sich die Herren Abgeordneten in ihrer gesetzgeberischen und sozialen Arbeit leiten lassen, hegen wir die Hoffnung, daß Sie uns ihre Unterstützung nicht verweigern werden, umso mehr, da es sich im gegebenen Fall um einen

Kampf der breiten Allgemeinheit gegen die reaktionären Kräfte unserer Herrschaft Kreise handelt, da es kaum geht für diese Allgemeinheit das demokratische Recht der Bestimmung über die Geschicke der Kirche zu erwerben und das Steuer der Hände eines herrschaftlichen Händlers zu entziehen. Der Herrschaft der polnischen Herrschaft bildet die Grundlage der bürgerlichen Freiheit in der Unabhängigen Polnischen Republik mit ihren Zielen. Diese Tat wird den Herren Szymasow ordnen der eifrigen Dank der Allgemeinheit der polnischen Staatsbürger evang. augsb. Bekenntnisses einbringen.

Die Ausführungskommission.

Professorenversammlungen in den evang.-luth. Gemeinden Kongresspolens.

Die fast einstimmig angenommenen Entschlüsse der beiden Lodzer evangelischen Gemeinden in der Kirchenfrage vermochten den Herrn Generalsuperintendenten angeblich nicht davon zu überzeugen, daß es nicht ein „kleiner Kreis von Lodzer Agitatoren“ ist, der mit seiner die Sache des Evangeliums in Polen auf das schlimmste schädigende Politik nicht einverstanden ist, sondern, daß die Gesamtheit der deutschen Evangelischen in Polen wie Lodz denkt.

Nun hat aber auch die Provinz gesprochen! In einer ganzen Reihe von Gemeinden fanden informierende Versammlungen der Gemeindeglieder statt, auf denen die Tätigkeit des Generalsuperintendenten Bursche einer schon doch gerechten Kritik unterzogen wurde und schließlich zur Annahme gelangten, die dem Warschauer Gewalthaber von eigenen Gnaden beweisen müssen, daß die deutschen Evangelischen in ihrer überwiegenden Mehrheit wider ihn und seine Politik ist.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die am Sonntag, den 24. April, einberufene Versammlung der Evangelischen aus

Zgierz

und Umgegend. Der Saal des Zgierzer Männergesangsvereins war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Versammlung wurde durch Herrn Wilhelm Hoffmann eröffnet, dem durch Zurufe einige Beisitzer nebst Schriftführer zur Seite gewählt wurden. Über die jetzige kampfumbrödete Lage unserer Kirche, wie auch über die Vorgeschichte der heute heißumstrittenen Fragen der Kirchengesetzgebung erstattete Gymnasiallehrer Breger Bericht. Er wies darauf hin, daß die gegenwärtig so schwüle Kampfeslust keineswegs von heute auf morgen entstanden ist. Bereits seit der verhängnisvollen Fassung der Beschlüsse auf der Synode des Jahres 1905, wo den Pastoren aus anderen Konsistorialbezirken (aus den Baltischen Provinzen, Südrussland usw.) das Amtieren infolge mangelnder Beherrschung der polnischen Sprache unmöglich gemacht wurde, rührt das starke Hervortreten politischer Absichten innerhalb unserer lutherischen Kirche vor. Von Jahr zu Jahr mehrten sich die Anzeichen einer bewußten, zielstrebigen Spaltungsarbeit seitens unserer Kirchenbehörden, bis sie in den Jahren 1918—1919 ihren Höhepunkt (Paris, Masuren) erreichte. Seither werden immer wieder die stärksten Anläufe gemacht, der einmal betretenen politischen Richtung zum Siege zu verhelfen, was vollends durch Gründung der „Evangelischen Vereinigung“ am 22. und 23. Februar d. J. zur Auswirkung kam. Der an die polnischen Zeitungen versandte Bericht scheute sogar vor einer nichtswürdigen Waffe: der politischen Verdächtigung nicht zurück. Zu Landesverrätern wurden die Führer der Gegenpartei gestempelt. Dies war auch der Tropfen, der die Schale des Großen zum Ueberlaufen brachte.

Hierauf ergriff Stadtmisionar Horn das Wort und schilderte in zu Herzen gehenden, warmen Worten die Notlage unserer evangelischen Kirche. Es muß eine Einkehr stattfinden, sonst geht alles in Brüche. Luthers Geist, seine Wahrheitsliebe und Ueberzeugungstreue muß uns alle beseelen. Mann oder Frau, alle, je nach Begabung und Kraft, müssen sich mit vereinten Kräften zum Schutz der heiligsten Güter, unseres lutherischen Glaubens, unserer Muttersprache, vereinen und mutig kämpfen. Gottes Segen wird auf dieser treuen Arbeit ruhen.

Der Vorsitzende der Versammlung verlas ein Protestschreiben, das hauptsächlich gegen die politische Betätigung unseres Generalsuperintendenten gerichtet war. Einstimmig wurde es mit folgendem recht traurigen Zusatz angenommen: „Die Versammelten sprechen ihr tiefstes Bedauern aus, daß Generalsuperintendent Bursche, als Kind unserer Stadt, durch seine Tätigkeit der evangelisch-lutherischen Kirche in Polen solch großen Schaden zugefügt hat. Diese traurige Tatsache erfüllt die Herzen aller seiner Heimatsgenossen mit bitterem Schmerz. Ferner gelangten Protestschreiben gegen den Antrag Bobek und das Nadesche Gesetz zur Annahme. Dann wurde ein Schreiben, das dem Sejmarschall auf telegraphischem Wege übermittelt werden soll, verlesen und einstimmig angenommen. Dann schritt man zur Wahl eines Ausschusses, der in ständiger Fühlung mit dem Lodzer Ausführungsausschuß bleiben soll. Folgende Herren wurden gewählt: Arthur Zerndt, Alfred Beutler, Adolf Lubnau, Rudolf Riegel, Gustav Gutschke.

Anläßlich des Antrages von Herrn Hoffmann, dem Ortspastor von den seitens der Versammlung gefaßten Beschlüssen Mitteilung zu machen und ihn zu ersuchen, auf der bevorstehenden Pastorensynode die Beschlüsse vorzubringen sowie über das Ergebnis nachträglich der Gemeinde Ausschluß zu geben, entspann sich eine kleine Aussprache. Letzthin wurde der Antrag (zwei Stimmen waren dagegen, einer enthielt sich der Stimme) angenommen.

Der Vorsitzende dankte den Versammelten für das zahlreiche Erscheinen. Mit dem Gesange des Schutz- und Trutliedes der Reformation „Eine feste Burg“ wurde die Versammlung würdevoll geschlossen.

Gebe Gott zu dem gelungenen Anfang auch ein ebenso glückliches Ende. Bei Verlassen des Saales veranstaltete man eine kleine Spenden-sammlung zur Deckung der Unkosten. Die Sammlung ergab über 10 000 Mark.

In Pabianice.

Am Sonntag fand auch in der evang.-luth. Kirche zu Pabianice eine Gemeindeversammlung statt. Nach längerer Aussprache über den Kirchenbeitrag wurde für die Landgemeinde die Höhe derselben auf Mk. 100 für den Morgen festgesetzt. Die Höhe der Kirchenbeiträge für die Stadtgemeinde soll durch eine besondere Kommission festgesetzt werden.

Dann wurde über die Notlage der evang.-augsb. Kirche Polens gesprochen. Nachdem mehrere Gemeindeglieder zu dieser Frage Stellung genommen hatten, wurde nachstehende Entschliebung eingebracht:

Die am 23. April 1922 versammelten Gemeindeglieder der evang.-augsb. Gemeinde zu Pabianice protestieren gegen den vom Abg. Nader in den Sejm eingebrachten Entwurf des neuen Kirchengesetzes sowie gegen den Dringlichkeitsantrag des Abg. Bobek und verlangen:

1. daß die Mitglieder des Konsistoriums und die Professoren der theologischen Fakultät

nur mit beratender Stimme an der Synode teilnehmen;

2. daß das zahlenmäßige Verhältnis der Geistlichen zu den Laien mindestens 1 : 2 sei;
3. daß die Filialgemeinden und unbefestigten Pfarren ohne Rücksicht auf die Zahl der Tausen im Jahre 1913 je 2 Laien entsende sollen;
4. daß das Wahlalter auf 21 und das Wählbarkeitsalter auf 25 Jahre herabgesetzt wird.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen und noch an demselben Tage dem Sejmarschall und dem Konsistorium auf telegraphischem Wege mitgeteilt.

In Konstantynow.

Im evangelischen Bettsaal zu Konstantynow saß die Versammlung sofort nach dem Gottesdienste statt. Der ziemlich geräumige Saal war dicht gefüllt. Zum Versammlungsleiter wurde Herr Braezinger, zu Beisitzern die Herren L. Schulz und R. Sender, zum Schriftführer Herr Geller durch Zuruf gewählt. Auf der Tagesordnung stand der Bericht über die Lage unserer Kirche. Zu dieser Versammlung wurden auf Wunsch der Konstantynower Glaubensgenossen von der Lodzer Ausführungskommission die Herren Born und Ulla abdelegiert, um den Konstantynower Glaubensgenossen Bericht über die Verhandlungen mit Herrn Generalsuperintendenten Bursche zu erstatten und mit den nötigen Aufklärungen zu dienen. Zuerst ergriff Herr Sender das Wort, der kurz aber trefflich die Lage unserer Kirche schilderte. Dann wurde Herr Ulla vom Vorsitzenden gebeten, einiges über die Verhandlungen mit Herrn Generalsuperintendenten Bursche und über die Arbeit der in Lodz gewählten Ausführungskommission mitzutellen. Die Ruhe und Sachlichkeit in den Ausführungen des Herrn Ulla sowie die Liebe zu unserer Kirche und der guten Wille, die aus seinen Worten herauszuhören waren, machte auf alle Anwesenden einen großen Eindruck. Zwar versuchten zwei Herren die Handlungen des Generalsuperintendenten zu rechtfertigen, durch ihre laut Stimme und durch den Gebrauch parlamentarischer Ausdrücke die Ruhe zu stören und die Versammlung zu sprengen, durch die trefflichen Antworten der Herren Born, Ulla, Geller sowie auch dem energischen, aktiven Auftreten des Versammlungsleiters Herrn Braezinger und des Kirchenvorstehers Herrn Schmalz wurde eine Ruhestörung vermieden.

Inzwischen wurden der Leitung der Versammlung 3 Entschlüsse vorgeschlagen, die nach genauer Besprechung und Erläuterung zur Abstimmung gebracht wurden.

1. Die den Nadeschen Kirchengesetzen betreffende Entschliebung wurde mit allen gegen 1 Stimme angenommen.
2. Die den Dringlichkeitsantrag des Abg. Bobek betreffende Entschliebung wurde mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.
3. Die die Tätigkeit des Herrn Generalsuperintendenten Bursche betreffende Resolution wurde mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Die ersten zwei Entschlüsse haben den Wortlaut der am 5. April d. J. in Lodz angenommenen Resolutoren, die dritte tauscht die Tätigkeit des Herrn Generalsuperintendenten, macht ihn für den Unfrieden in unserer Kirche verantwortlich und drückt ihm das Mißtrauen der Versammelten aus.

Zum Schluß wurden die Herren: Karl Sender, Kirchenvorsteher Theofil Schmalz und Gustav Stamm beauftragt, die Beschlüsse der Versammlung den zuständigen Stellen zu

übermitteln und sich der Lodzer Ausführungskommission anzuschließen.

In Alexandrow.

In der auf Veranlassung des Kirchenkollektivs Alexandrow einberufenen Gemeindeversammlung wurde zum Vorsitzenden Herr Eduard Kall gewählt. Herr Bengisch berichtete eingehend über die kirchliche Lage. Es wurden Entschlüsse gefasst, die im wesentlichen den Lodzer Beschlüssen vom 5. April entsprechen. Der Lodzer Ausführungskommission wurde das Vertrauen ausgesprochen.

In Sulzfeld.

Auf der Gemeindeversammlung in Nowosolna (Sulzfeld) waren Gemeindeglieder aus der ganzen Gemeinde in einer Anzahl von etwa 500 Personen anwesend. Zum Vorsitzenden wurde Herr Johann Krause gewählt, welcher zu Beisitzern die Herren Rudolf Kriese, Eduard Abel und Johann Zoller berief. Die Versammlung wurde um 1 Uhr nachmittags eröffnet. Die Versammelten befanden die Protokolle der Versammlung der Glaubensgenossen zu Lodz vom 5. April d. J. für richtig und nahmen alle Beschlüsse derselben einstimmig an. In die Ausführungskommission wurden einstimmig gewählt die Herren: Johann Krause, Reinhold Brust, Rudolf Franzmann, Ernst Abel, Teofil Kling, Johann Jess. An den Sejmorschaft wurde ein Beschl. betreffs des Dringlichkeitsantrags Bobek telegraphisch und schriftlich von der Kommission übermittelt.

Die Ausführungskommission ist beauftragt, ihrem Ortspastor Richtlinien für die am 26. April bevorstehende Pastorenkonferenz zu geben. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden mit dem Liede „Ein feste Burg ist unser Gott...“ um 1/3 Uhr nachmittags geschlossen.

Die Gemeinde ist gewillt, die gewählte Kommission wie ein Mann in jeder Hinsicht zu unterstützen, damit der evang.-luth. Kirche Polens der nötige Friede wiedergegeben werden kann. Dieser Ausschuss ist beauftragt, mit der Lodzer Ausführungskommission in der Kirchenfrage einmütig vorzugehen.

In Daniszewo.

Die am 26. April in Daniszewo zusammengetretene Gemeindeversammlung fasste folgende Entschlüsse:

„Die am 26. April 1922 versammelten evang.-luth. Gemeindeglieder des Kantons zu Daniszewo, nehmen hiermit Kenntnis über den Verlauf der evangelischen Versammlung zu Lodz vom 5. April d. J. und stellen mit Bedauern fest, daß die Tätigkeit einiger mit hohen Würden betrauten Persönlichkeiten der evang.-luth. Kirche Polens nur dazu ansetzt, Zwist und Uneinigkeit in die Kirche hineinzutragen sowie deren Zerfall herbeizuführen.“

Die Versammelten sind sich darüber klar, daß ein solcher Zustand in unserer Kirche nicht geduldet werden kann, da er uns in kurzer Zeit um der Vater Gut und Gabe bringen würde, und verlangen eine Neuregelung der Kirchenangelegenheit durch Einberufung einer Landessynode auf breiterer demokratischer Grundlage, die ein Zahlenverhältnis der Geistlichen zu den Laien wie 1:2 aufweist.

Im Zusammenhang damit protestieren die Versammelten gegen jegliche Entwürfe des neuen Kirchengesetzes, die keine Verständigung zwischen den Gemeinden ermöglichen und die Wünsche der evangelisch-lutherischen Gemeindeglieder nicht berücksichtigen.

Gleichzeitig sprechen die Versammelten ihre völlige Zuneigung zu Lodz aus und werden auch ihre Vorhaben in Zukunft unterstützen. Der Herr aber wolle alle Herzen erweichen und der Sachr einen guten Verlauf und seinen reichsten Segen verleihen.“

In Zbrachlin.

In Alt-Zbrachlin, Kreis Nieszwawa, wurde am 23. April einstimmig beschlossen, sich dem Lodzer Protest anzuschließen. Es wurde ein Protokoll verfaßt und von den Versammelten unterzeichnet. Es hat folgenden Wortlaut:

„Unsere evangelisch-lutherische Gemeinde zu Zbrachlin stimmt hiermit der evangelischen Gemeinde zu Lodz bei und wünscht unsere Kirche rein ohne katholische Bestimmungen zu erhalten. Wir beschließen unseren Willen mit unserer eigenhändigen Unterschrift.“

In Brzozow.

In Brzozow, Kreis Nawa, fanden sich am 23. April 138 Gemeindeglieder zu einer Versammlung zusammen in der einstimmig beschlossen wurde sich dem Protest der besten Lodzer Gemeinden einstimmig anzuschließen.

Eine Mitteilung der Ausführungskommission.

Die Ausführungskommission der evang.-luth. Gemeindeglieder von Lodz gibt bekannt, daß sie alles unternommen hat, was den Beschlüssen vom 5. April d. J. zur Geltung verhelfen könnte. Nachdrücklich erklärt sie ihre Bereitwilligkeit, am Kirchenfrieden auf Grund der von der überwältigenden Mehrzahl unserer Glaubensgenossen gestellten Forderungen mitzuarbeiten. Angesichts der am 26. d. M. sich in Warschau versammelnden Herren Pastoren macht die Ausführungskommission auf den Ernst der Lage aufmerksam und bittet um Einlenken.

Von der Pastorensynode in Warschau.

Die Pastorensynode, die in Warschau am 26. und 27. April getagt hat, ist für unsere Kirche ein Ereignis im vollsten Sinne des Wortes. Es ist die letzte Pastorensynode nach altem Muster. Die Pastorensynoden sind so oft vom Standpunkt der Neuzeit aus geringschätzig behandelt worden. Sie haben jedoch in den engen Grenzen der zarischen Regierung gezeigten Großes geleistet.

Die letzte Pastorensynode hat nach längerer Unterbrechung alle Pastoren wieder zusammengeführt. Die Pastoren konnten sich alles, was sie auf dem Herzen hatten, offen sagen. Aber auch die Wünsche der Gemeinden haben die Geistlichen klipp und klar vorgetragen, wenn diese Wünsche auch vielfach die Frucht bestehender Missverständnisse waren. Im Anschluß daran hat sich eine eingehende oftmals in scharfer und schärfster Form geführte Aussprache entsponnen. Sie war ein treuer Ausdruck der Auseinandersetzungen die lange und in den Gemeinden stattgefunden hatten. Nichts haben die Geistlichen verschwiegen von dem, was die Herzen der Gemeinden bewegt. Es darf nicht verschwiegen werden, daß zwei Gruppen von Geistlichen sich gegenüber standen.

Die Auseinandersetzungen über die Wünsche und Anträge der Pastoren und Gemeindeglieder haben 1 1/2 Tage in Anspruch genommen und sind erst am Donnerstag zum Abschluß gekommen. Man hat gründlich und tief gegraben. Die Gemüter kamen wiederholt im Eifer bis auf den Siedepunkt.

Daß auf der theologischen Fakultät in Warschau die polnische und deutsche Sprache gleichberechtigt und der Verwirklichung dieser Forderung baldigst Rechnung getragen werde, ob das künftige von der konstituierenden Synode zu wählende Konfitorium oder Oberkirchenrat als Mitglieder auch Vertreter der deutsch-sprechenden Glaubensgenossen aufweisen, daß die von der

polnischen Presse falsch ausgelegten Worte eines auch von dem Generalsuperintendenten unterschriebenen Artikels im „Zwiazun“ aufgeklärt und widerlegt werden müssen, das bezeichnet der Generalsuperintendent im Anschluß an die Forderungen vieler Gemeindeglieder, die durch den Wind der Zeit wehen sind wurden, als selbstverständlich, und bezeichnete es als seine Aufgabe, die sich aus seiner persönlichen Überzeugung ergebe, die aber erst dann zur Ausführung und Verwirklichung kommen kann, wenn die konstituierende Synode ins Leben getreten sein und das Ruder der Kirche in die Hand genommen haben wird (!).

War es doch allen klar, daß wenn der Gesetzesentwurf 2:3 am Donnerstag, wirklich Gesetz wird, wir die konstituierende Synode schon gegen Ende Juni einberufen können, würde aber der eingebrachte Gesetzesentwurf einfach zurückgezogen werden, dann würde die konstituierende Synode in weite Ferne hinausgeschoben werden.

Der Kreis von Pastoren, der seine Forderungen in 4 Sähen festgelegt hatte, gab darauf folgende Erklärung zu Protokoll: „Der 1. Punkt ihrer Forderungen ziehen die Antragsteller zurück, da einerseits eine Durchführung von 1:2 auf der konstituierenden Synode augenblicklich nicht möglich ist und andererseits sie eine Durchführung des Gesetzes im Sejm nicht verantworten können.“

Die Synodalen genehmigten jetzt folgenden Beschl. einstimmig:

1. „Nach eingehender Beratung kommt die Konferenz zu dem einmütigen Erkenntnis, daß der Vorschlag die Vertretung der Pastoren und Laien auf der konstituierenden Synode, wie 1:2 festzulegen, bei der gegenwärtigen Lage praktisch zu einem selbst von der radikalsten Opposition nicht geforderten Verhältnis von 2:7 führen würde, da eine bedeutende Anzahl von Gemeinden unbesetzt ist.“

2. Die Konferenz ist sich dessen bewußt, daß der Bobek'sche Entwurf dem Wunsche einer Anzahl von Gemeinden nach größerer Laienbeteiligung an der Verwaltung der Kirche nicht genügend gerecht wird, doch bietet er angesichts der heute stattfindenden 3. Lesung im Sejm die einzige Möglichkeit, der evang. Kirche Polens zu ihrer Selbstbestimmung durch die konstituierende Synode demnächst zu verhelfen. Deshalb beschließt die versammelte Pastorenschaft, diesem Antrag zur Wahrung des Friedens in der Kirche zuzustimmen.

3. Entsprechend dem Wunsche der Gemeinden nach größerer Laienbeteiligung an der Verwaltung der Kirche beschließt die Pastorenschaft einstimmig auf der konstituierenden Synode sich für die gezielte Festlegung der Laienbeteiligung an der Kirchenverwaltung nach dem tatsächlichen Verhältnis 1:2 geschlossen einzusetzen.“

Mit dieser Lösung der Frage waren aber auch alle Synodalen ohne Ausnahme voll und ganz zufrieden. Die Mißtöne waren verklungen. Die Synodalen blickten sich freundlicher an. Man beschloß wiederum einstimmig, dem Generalsuperintendenten ein Vertrauensvotum auszusprechen, das, nach längerer Aussprache über die Form, folgenden Wortlaut annahm: Die Pastorenschaft verurteilt die Art und Weise der Polemik, wie sich in der Öffentlichkeit um die Person des Herrn Generalsuperintendenten erhoben und zu Missverständnissen und Verlegungen geführt hat. Sie hebt einstimmig hervor, daß sie trotz Meinungsverschiedenheiten in außerkirchlichen Fragen doch volles Vertrauen zu seinen Fähigkeiten und zu seinem ersten Willen, der evang.-luth. Kirche Polens die ihr gebührende Stellung zu erkämpfen, hat.“

Die Beschlüsse des Generalsuperintendenten, die jetzt zur Vertretung kamen über die höchst schmerz-

liche Schulfrage und über die uns im Heiligtum der Seele verlegenden Ungültigkeitserklärungen seitens der römischen Kirche der in einer evangelischen Kirche geschlossenen Mischebe wurde mit höchster Spannung und mit einmütigen Gefühlen angehört und durch Zwischenfragen und eingeschaltete Erläuterungen immer wieder unterbrochen. Die Sache selbst ist so schwierig und verwickelt, daß von augenblicklichen Erfolgen nicht die Rede sein kann. Weil aus diesen Reseraten die wichtigsten Abschnitte zum Abdruck kommen, so wollen wir dem nicht vorgreifen.

Warum eine radikale Versöhnung noch nicht zustande gekommen ist, darauf komme ich noch besonders zurück.

Daß der oben erwähnte Gesetzentwurf die konstituierende Synode betreffend vom Sejm angenommen worden ist, darüber hat die Presse schon berichtet.

Weckruf.

Evangelische Glaubensgenossen! Unsere luth. Kirche durchlebt gegenwärtig entscheidende Tage. Seit Jahren verlangte das evang. Volk Polens nach einem neuen Kirchengesetz. Unsere Kirche soll endlich aufhören, eine Pastorenkirche zu sein, welche den Laienstand beherrscht, sondern eine Gemeinde der Gläubigen, in welchem die Gemeindeglieder auch ein gewichtiges Wort beim Bau der Kirche mitsprechen können.

Das Konsistorium in Warschau hat längst eine Kommission zu bilden versprochen, mit welcher in gemeinsamer Arbeit ein neues Kirchengesetz geschaffen werden sollte. Dies Gesetz sollte dann vor einer Landessynode nochmals durchberaten werden. Das Konsistorium hat aber diese Kommission nicht zusammenberufen, sondern ganz allein ein Gesetz gemacht und durch den katholischen Abgeordneten Nader dem Sejm zur Bestätigung vorgelegt. Das Konsistorium wollte angeblich darum keine Synode einberufen, weil es dafür kein Gesetz gibt.

Als die Gemeinden dagegen protestierten und dringend eine Synode verlangten, da erklärte sich endlich das Konsistorium dazu bereit und brachte durch Herrn Bobel einen Antrag in den Sejm ein, daß in dieser ersten (konstituierenden) Synode auf jeden Pastor nur ein Laie kommen darf. Dagegen wurde Einspruch erhoben und allgemein verlangt, auf jeden Pastor müssen wenigstens zwei Laien kommen, worauf das Konsistorium nicht einging. Mit starker Unterstützung der katholischen Parteien wurde vom Sejm der Gesetzentwurf des evangelischen Konsistoriums angenommen. Unter dessen Vorsitz der Herr General-Superintendent eine Konferenz von Pastoren nach Warschau, um diese zu veranlassen, in den Gemeinden für ihn einzutreten und Männer wählen zu lassen, die ihn unterstützen würden. Einige angesehenere treue Pastoren, denen wir unsern Dank schuldig sind, hatten den Mut, dem Herrn General-Superintendenten Bursche die Wahrheit zu sagen und die berechtigten Forderungen der Glaubensgenossen zu unterstützen. Glaubensgenossen! Die Pastoren sind dem Konsistorium unterstellt und müssen darum das erfüllen, was der General-Superintendent Bursche will. Nur wenige gibt es, die wie unser Dr. Martin Luther offen und mutig ihre Meinung aussprechen, auch wenn sie den kirchlichen Machthabern nicht gefällt. Ihr aber, lieben Freunde, seid freie Männer! Frei wie die Giche, die ohne jemanden zu fragen ihre knorrigen Äste gen Himmel reißt, frei wie der schäumende Bach, der in der Frühlingszeit im engen Bette daherbraust, frei wie der Wind, der über eure Acker segt! Das

Konsistorium will aber euch und eure Kindeskin der knebeln. Es wird alles daran setzen, damit es in der Kirche wie bisher herrschen könne. Die Feinde des Reiches Gottes, welche kirchliche Blätter zu Schmähartikeln gegen eigene Glaubensgenossen mißbrauchen, werden die Kirche nach ihrem Ermessen zu gestalten versuchen.

Auf der theologischen Fakultät in Warschau läßt das Konsistorium unsere zukünftigen Pastoren nur polnisch ausbilden. Viele dieser Theologen können nicht einmal deutsch sprechen. Ihr oder eure Kinder werdet zuletzt keine Predigt mehr in eurer trauten Muttersprache zu hören bekommen.

Auf dieser Fakultät wird unsere teure lutherische Lehre von der Erlösung durch Christi unschuldiges Leiden verwässert und verwischt.

Wollt ihr da gleichgültig bleiben? Rafft euch zu gemeinsamem Vorgehen auf! Dieser Ruf dringe in das entlegenste Dorf, in die kleinste Hütte! Wir müssen alle zusammenstehen wie ein Mann und unser aller Schrei muß widerhallen in der ganzen Welt!

Unser Gebet dringe empor gen Himmel und finde Erhörung bei Gott, dem Gerechten!

Und dann schreiet zur Wahl! Wählt nicht Männer, die nur um irdischer Güter willen angesehen sind, denn sie sind oftmals den Menschen gefällig. Wählt keine Verräter und Ueberläufer — die sind wie Spreu, die der Wind verweht. Wählt keinen der ängstlich schweigt, wo er reden soll, kein schwankendes Rohr. Wählt aber gottesfürchtige Männer von echtem Schrot und Korn, ob sie viel oder weniger besitzen; in jeder Gemeinde wird es solche geben. Wählt gerade, ehrliche, aufrechte Männer, die wie die wetterharten Eichen auf euren Feldern fest und unerschütterlich dastehen und ein mutiges Bekenntnis für Wahrheit und Gerechtigkeit, für unsern hochgelobten Herrn und Heiland ablegen, wie unser Vater in Worms: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir. Amen.“

Die Ausführungskommissionen von Lodz und den Nachbargemeinden.

Vergelte Böses mit Gutem.

Vor drei Jahren mitten im Winter brannte in Sompolno einem polnischen Kleinbürger ein Haus ab. Ehe die Feuerwehr zu Hilfe kam, war das Dach niedergebrannt. Die Leute standen, wie gewöhnlich, müßig da. Nur die älteren Schüler des Deutschen Gymnasiums waren mutig am Werke und entrißen dem verzehrenden Element die dürftigen Habseligkeiten der armen Einwohner. Während das Dach in flammen stand, zogen sie noch die Särge und die Bretter, die einem Tischler gehörten, vom Boden herunter. Nur wenige Polen, darunter ein Soldat, halfen den Gymnasialisten am Rettungswerke. Der Soldat legte dabei seinen Mantel ab, den er an einen Zaunpfahl hängte, fand ihn aber nach vollbrachter Arbeit nicht wieder. Er wurde ihm im Gedränge gestohlen. Die Leute aber bewunderten im stillen den Opfermut der Schüler, der sie an der Brandstätte so vortrefflich auszeichnete. Die Klügeren aber und die ganz Klugen — und für die hielten sich die meisten — riefen boshaft: „Die vermaledeieten Schwaben! Wie sie um ihre Deutschen besorgt sind!“ Das Nachbarhaus gehörte nämlich einem Deutschen und da glaubte der pöbel, die deutschen Schüler hätten nur aus dem Grunde beim Löschen des Feuers so wacker mitgeholfen, um den deutschen Nachbar vor demselben Unglück zu erretten.

Ungefähr ein Jahr darauf brannten die mit Torf gefüllten Schuppen im Hofe des deutschen

Gymnasiums. Am Rettungswerke waren neben einigen deutschen Bürgern des Städtchens wieder nur die Schüler der Lehranstalt. Nicht einmal die Feuerwehr hielt es für ihre Pflicht, an der Brandstätte zu erscheinen.

Am 7. April d. J. entstand gegen Abend wieder ein Feuer unweit der Stadt bei einem polnischen Bauer. Zufällig kehrte eine Schar älterer Schüler des Deutschen Gymnasiums von einem Spaziergang nach Hause zurück. Von dem ungefähr 600 Schritt abgelegenen Chausseewege erblickten sie den roten Schein in der Scheune, liefen eilig zum Feuer und brachten durch Klopfen am Tor und Fenster und lautes Rufen den zur Ruhe sich begebenden Wirt auf die Beine. Einige der Schüler trugen Wasser, die anderen halfen dem Wirt beim Löschen, und so gelang es ihnen, das Feuer, das bereits zum Dache herauskam, zu erstickten.

Warum das die Schüler diesmal taten, können die polnischen Bürger von Sompolno nicht recht dahinterkommen, denn in der Nachbarschaft desjenigen Wirtes, bei dem das Feuer entstand, wohnt ein einziger Landmann und dieser ist kein Deutscher, sondern ein Pole.

Aus Brudnowo.

Südlich von Mieszawa liegt eine bedeutende deutsche Sprachinsel, die in folgende drei Schulgemeinden zerfällt: Brudnowo, Zbrachlin und Kamieniec.

Die deutsche Einwanderung, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts um sich griff, streckte auch ihre Ausläufer in das nördliche Kujawien, wo eben diese drei bedeutendsten Kolonien gegründet worden sind.

Ehe sich Brudnowo und die benachbarten kleineren Dörfer zu einer Schulgemeinde zusammenschlossen, wurden die Kinder von dem biedereren Kolonisten Schakiewski privat unterrichtet (1837). Erst später wurde die eigentliche Schulgemeinde gegründet und als erster Lehrer war dort M. Wenzel tätig (1846—1868). Die jährliche Durchschnittszahl der Kinder war bei diesen ersten Schulmeistern 23. Die weitere Reihenfolge der dortigen Lehrer ist: Friedrich (1868—1878), Kinderzahl 25; Farchmin (1878—1899), Kinderzahl 28; Messal (1900—1913), Kinderzahl 42; im Jahre 1914 wechselte dort Brauer, Maltzahn und Jwancki, Kinderzahl 50; Tefimann (1915—1917), Kinderzahl 70; Textor 1917—1919, Kinderzahl 100. Augenblicklich arbeitet dort der deutsche Lehrer E. Riske.

Es gibt wohl kaum eine zweite Schule in Polen, um die so viel gestritten wurde, und zu der die Gemeinde und die Lehrer so treu gehalten haben, wie in Brudnowo. Bis ungefähr in das Jahr 1875 war das Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen friedlich. Als aber der polnische Fanatiker Glowacki sich hier als Bauer ansiedelte, war es um den Frieden geschehen. Er hegte alle Polen gegen die Deutschen auf, und nun ging der Kampf um die Schule los. Da die Deutschen im Recht waren, so liefen alle Prozesse zu ihren Gunsten aus, und die Schule konnte ihnen nicht geraubt werden. Aber zu leiden hatten sie viel. So wurde z. B. beim Bau des neuen Schulgebäudes (1906) in einer Nacht das Fundament zerstört, ein andermal wurde der Brunnen zugeschüttet, das Glockengerüst wurde abgefäht, später fand man einen toten Hund, der an der Glocke befestigt war, auf den damaligen Lehrer wurde geschossen u. s. w. Trotz allen Hindernissen brachten die opferfreudigen Kolonisten den Bau zu Ende und schon im Jahre 1907 konnte das großartige Schul- und Bethaus eingeweiht werden.

Von 1914 bis 1918 konnten die Kolonisten unbeforgt ihrem Tagewerk nachgehen, denn die

neidischen Nachbarn wagten es nicht, mit ihren unberechtigten Ansprüchen vor die Behörde zu kommen. Sie gründeten ihre eigene Schule und brachten sie in einer gemieteten Wohnung unter. Als aber die deutsche Verwaltung aus dem Lande ging, da brach die alte Wut mit neuer Kraft aus. „Die Deutschen haben ein schönes Schulgebäude (!) und einen guten Lehrer und unsere Kinder werden vernachlässigt“, hieß es. Da der deutsche Lehrer aber an seinen 100 Kindern gerade genug Arbeit hatte und da er dem polnischen Kollegen gegenüber nicht unsolidarisch handeln wollte, weigerte er sich, die 60 polnischen Kinder noch anzunehmen. Nun kann man sich denken, wie groß der Haß war. Es wurde während des Gottesdienstes (Ostern 1919) in den Betsaal und auf Leichenzüge geschossen u. a.

So kam jene Zeit heran, in der die zwei Landesschulverbände in Lodz aufgelöst wurden. Jetzt sollte die deutsche Schule doch eingehen. Aber nein! gerade hier haben die Kolonisten ihre treudeutsche Gesinnung gezeigt. Meilenweit gingen sie alle, auch die Gemeinschaftler, die sich bis dahin von der „weltlichen“ Schule teilweise zurückgezogen hatten, nach Straszewo, in den dozor szkolny, um die Deklarationen für die deutsche Sprache abzugeben. Es wurden 120 Kinder angemeldet. Nun erfand man einen neuen Trick. Die Schulgemeinde sollte gesprengt werden, weil sie aus Kolonisten besteht, die zu vier politischen Gemeinden gehören. Auch dies gelang nicht dank dem duldsamen Verhalten des dozor szkolny.

Im Herbst 1919 drang die ganze polnische Schule mit Lehrer und der opieka szkolna demonstrativ mit Gewalt in das deutsche Schulhaus ein. Der deutsche Lehrer sollte seine Kinder nach Hause schicken. Er weigerte sich aber dies zu tun. Nun wurden Verhandlungen gepflogen, da die Deutschen auf eine polizeiliche oder gerichtliche Hilfe doch nicht hoffen durften. Man einigte sich so weit, daß zwei Wochen hindurch die polnischen Kinder vormittags und die deutschen nachmittags unterrichtet und dann wieder gewechselt werden sollte. So wird es auch heute noch gehandhabt, aber man macht den Deutschen Hoffnung, daß sie in nächster Zukunft wieder ganz zu ihrem Besitztum kommen sollen. Gott gebe es!

Es verdient noch erwähnt zu werden, daß polnische Truppen, die im Januar 1920 dort einquartiert waren, die Scheune und das Schulhaus stark beschädigten, indem sie auf dem Boden die Balken absägten, so daß die Decke über dem Klassenzimmer einzustürzen drohte. Wieder waren es Deutsche, die Stützen darunterbrachten und das Gebäude retteten, so daß der normale Schulbetrieb keine Störung erlitt.

„Der Mensch soll leiden ohne zu klagen“ . . . A.

Vorbildliche Toleranz.

Der Gemeinderat von Suberwich bei Rockingham (Westfalen) bewilligte für den polnischen Schulunterricht 10 000 Mark, während sogar ein Antrag des Vaterländischen Frauenvereins auf Gewährung einer Beihilfe abgelehnt wurde.

Dazu schreibt die Bromberger „Deutsche Rundschau“. Wir fragen bescheiden an, welche polnische Gemeinde zu ähnlichen Handlungen aus freiem Willen fähig ist. Die karitativen Frauenvereine, das polnische Rote Kreuz sollen gewiß nicht Mangel leiden; aber nicht minder wichtig ist die Fürsorge für die kulturellen Ausgaben der Minderheiten. In Deutschland gibt es zwar keinen Minderheitenschutzvertrag mit internationaler Garantie; aber er scheint e n t b e h r l i c h zu sein, so lange es noch Gemeinderäte gibt, die sich ihrer Verantwortung für die Gemein-

glieder, die einer völkischen Minderheit angehören, bewußt sind und danach handeln.

Aus Briefen verhungender Wolgadeutscher.

„Schütten sie die Dokumente des brüderlichen Unterganges eines deutschen Volksweges fest! folgende Stellen aus Briefen las, die das qualvolle Verhungern ekrocks kräftiger, wohlhabender Bauern schildern. Aus allen bringt der Notruf: Helft uns, deutsche Brüder! Aus der großen Zahl dieser Schilberungen seien folgende Auszüge wiedergegeben:

Dörrhoff, den 31. Dezember 1921.
„Ja, das ist so eine große Not im Wolgagebiet, daß so noch keine gewesen ist, biweil die Welt nicht gekorben sind bei uns in diesem Jahr 700 Menschen, die sich beinahe alle an Hunger gestorben . . . Ich stecke immer sehr in der Arbeit; ich fertige meistens Särge an, ka das Sterben sehr groß ist. Wir werden noch für reich gerechnet, dabel haben wir aber schon drei Monate kein Brot mehr gegessen.“

Veusch, den 15. Oktober 1921.
„Dann, lieber Bruder, will ich Dir melden, daß der Schwager Daniel und der Gevatter Brandel gestorben sind, d h. verhungert. Bei uns sind schon viele Leute verhungert.“

Salzer, November 1921.
„Viele haben ihre Kinder in die Wolga geworfen, um sie vor dem Verhungern zu retten. Viele sind fortgeschwommen. Da liegen sie auf den Straßen, an den Bahnhöfen unter freiem Himmel und warten auf die Büge. Am Abend und in der Nacht bieten sich die Mädchen den Rotgardisten für ein Nachtlager und ein Stückchen Brot an.“

Alt-Zürich, den 17. Januar 1922.
„In unserem kleinen Dorf sind jetzt schon 80 Menschen an Hunger gestorben. Es wird so vieles gegessen, von dem man sicher weiß, daß man sterben muß. Wir sind 20 Menschen und haben kein Brot. Die Kinder weinen; sie schreien um Brot, und man kann ihnen nichts geben. Jetzt ist auch an den Halbbrüder Philipp die Not gekommen zu verhungern. Er hat gar nichts mehr. Gestern hat man in unserm Nachbardorf Sote und die eigenen Kinder gegessen.“

Marienfeld, den 30. Dezember 1921.
„Wir bekommen drei Monate kein Mehl mehr. Hier sterben täglich 10 bis 15 Menschen an Hunger, werden ins Loch gescharrt, ohne Geld, weil keine Arbeiter da sind, die noch kräftig sind. Gegessen wird alles, auch Krepiries. Es erfüllt sich 5. Mose, Kapitel 28 Vers 52, daß die Mütter ihre eigenen Kinder schlachten und essen . . . Die meisten tragen gestickte Kleider und sind halb nackt und gleichen eher einem Sotze als einem Lebenden. Auch mein Gewicht an Fleisch hat abgenommen, anstatt 8 Pud 17 Pfund habe ich 3 Pud 22 Pfund. Haben nur noch wenige im Dorf, die noch Brot haben, vielleicht noch 10 Familien aber keine von denen, die vermögend waren. Das sind Leute, die ihr Gewissen beschmutzt haben an fremdem Vermögen!“

Schürtal, den 21. Januar 1922.
„Laufen schon 10 Mann einem Hunde nach, ihn zu fressen. Früher mußten sich die Menschen vor den Händen fürchten, heute fürchten sich die Reitenhunde vor den Menschen gestohlen zu werden. Die meisten Menschen sehen wie Leichen aus. Alle Tage liegen 4 bis 10 auf der Stren. Sie werden ohne Kredit 10 bis 15 in ein Loch gescharrt. Die meisten werden ohne Kleider verscharrt. Die obersten Leichen liegen nur eine Urskin tief unter der Erde. Wenn noch Hunde da wären, die würden sie herauscharren.“

Seelmann, den 20. Dezember 1921.
„Ich habe gestern zwei Pferdgeschirre für 2 Pfund Fleisch verhandelt. Der Scharffge Vetter Adam und der Schratners Vetter Michel, die sind verhungert, auch Ubigs Michel. Bei Schratners sind jetzt schon 4 Mannleute verhungert. Es ist traurig, es sind schon so viele Leute verhungert . . . Ich glaube, von mir bekomme ich den letzten Brief, denn ich fange schon an anzuschwellen. Ja, bei uns da ist es so, wenn man anfängt anzuschwellen, da ist auch das Ende da. Da lebt man nicht mehr länger wie 3 Tage.“
Kortz, Dezember 1921.
„. . . Es wäre besser, wir wären alle tot.“

Aus Welt und Heimat.

Von der internationalen Völkerbundliga. In Ergänzung der bisherigen Berichte über die in München vom 19. bis 21. d. M. stattgefundene Konferenz der Minoritätenkommission der Weltliga für Völkerbund wird noch mitgeteilt: Es kamen vor allem Ver-

treter der nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei, in Polen, Südslawien und Rumänien sowie der Deutschen von Südtirol und Eupen-Malmedy zum Wort. Es handelte sich im wesentlichen um Klagen über Vergewaltigungen der Sprachen und Schulen sowie über Schikanierungen im Wirtschaftsleben. Wenn sich auch der Ausschuss nicht damit befassen konnte, in ein Urteil über den materiellen Inhalt der von den Vertretern der nationalen Minderheiten vorgebrachten Beschwerden einzutreten, so war doch der Eindruck, den diese Ausführungen hervorriefen, so stark, daß die Tagung auf Antrag des schwedischen Mitgliedes einstimmig beschloß, die anfangs Juni in Prag stattfindende Hauptversammlung der Völkerbundliga nicht abzuwarten, sondern sich sofort an das Generalsekretariat in Genf und an jedes Mitglied des Völkerbundesrates zu wenden, um darauf hinzuweisen, wie dringend ein sofortiges Eingreifen geboten sei.

Aus dem Wolga-Hungergebiet. Folgende Schriftstücke sind dem Hilfswerk der Wolgadeutschen (Berlin NW. 7, Luisenstraße 31a) zugesandt worden:

Köhler, den 15. März 1922.
Lieber Bruder! Dieses ist der dritte Brief an Dich und ich hoffe, er möchte durch Mithilfe des Hilfswerks der Wolgadeutschen in Deutschland (Berlin) an Dich gelangen.

Lieber Bruder! Wie arm, wie schrecklich arm die Lage bei uns in Rußland ist, kann auf Papier gar nicht niedergeschrieben werden, es ergibt sich keine Beschreibung. Unsere Mutter, Magdalene, ist verhungert, der Onkel Adam (Hanoto) auch. Dem Onkel Christian Warle seine Frau ist gestern abend verhungert. Die Kinder von 1—14 Jahre alt bekommen einmal gekocht. Die Produkte sind aus Amerika (Nordamerika). Die Menschen sterben vor Hunger tausendweis. Die Hungersnot ist so groß, wie die Geschichte noch keine erlebt hat. Bei uns in Köhler wird alles gleich von krepiernten Hunden, Katzen und Pferden gegessen. In den Dörfern über der Wolga ist noch größere Hungersnot. Dort waren schon einige Fälle, daß die Eltern ihre Kinder schlachteten und aßen das Fleisch derselben. Ein Mann schlachtete sogar seine Frau, und das Fleisch sazte er ein und kochte und aß das Fleisch. Zweifelte nicht daran, es sind Tatsachen. Dem Onkel Christian Warle seine Frau, die eben erst gestern verhungert ist, war bei mir, und als sie nach Hause ging, so stahl sie unsere Kasse. Am anderen Morgen ging ich hinauf und wollte nachsehen, ob die Kasse nicht bei ihr sei. Sand dieselbe auch, aber nicht lebend, sondern im Kochkessel. Lieber Bruder! Wir, Deine Brüder, schreien zu Dir um Hilfe. Schicke schnell Eßprodukte, wenn nicht, so verhungern wir alle. In Saratow ist eine amerikanische Kommission, an die Du die Produkte adressieren kannst. Die Adresse folgt unten. Auch kann Geld eingezahlt werden, und die Kommission gibt hier die Produkte heraus . . .

Grüßend Deine Brüder.
In Brzeziny veranstaltete der Kirchengesangsverein „Konkordia“ am dritten Osterfeiertag ein Fest zugunsten der hungernden Wolgakolonisten. Das Programm setzte sich aus Aufführungen, Chor- und Sologefängen, Musikvorträgen usw. zusammen.

Polnische Auswanderung nach den ehemaligen deutschen Kolonien. Der katholische Missionsverband in Polen versucht, Landwirte und insbesondere Handwerker katholischer Konfession und polnischer Nationalität nach Kamerun, dem jetzt französischen Mandatsgebiet, zu verpflanzen, um dort angeblich die katholische Religion auszubreiten. Der Andrang der Auswanderungswilligen ist jedoch gering. Diese französisch-polnische Kolonisationspolitik wird aller-

Vorausicht nach daran scheitern, daß die polnischen Auswanderer den klimatischen Anforderungen und sonstigen Niederlassungsschwierigkeiten nicht gewachsen sind.

(„Deutsche Post aus dem Osten“.)

In Warschau soll in nächster Zukunft eine Gesellschaft zwecks Unterstützung der außerhalb der Grenzen Polens wohnende Polen gegründet werden. Schätzungsweise wohnen in Europa außerhalb der Grenzen Polens bei 4 Millionen Polen, in Sibirien, Nord- und Süd-Amerika und den übrigen Weltteilen andere 4 Millionen. Die polnischen Zeitungen bemerken hierzu: „Im ganzen wohnen unter fremder Herrschaft 8 Millionen Polen und alle diese Volksangehörigen sind der Gefahr des Aufgehens im fremden Volkstum ausgesetzt, langsam werden sie ihr Volkstum aufgeben und gehen somit für Polen unwiederbringlich verloren. In sie werden ein fremdes Volk stärken. Diese außerhalb Polens wohnenden Volksangehörigen nach der Heimat zu bringen, geht nicht an: sie können auch außerhalb der Grenzen Polens sich für uns nützlich erweisen, wenn sie sich nur stets als Polen fühlen, wenn sie dessen eingedenk bleiben, daß Polen ihnen Mutter, sie deren Kinder sind. Darnach müssen wir trachten, daß unsere Volksangehörigen in der Fremde ihres Volentums nicht verlustig gehen. Hierzu muß die polnische Regierung, muß das polnische Volk als solches entsprechende Maßnahmen erreifen. Es handelt sich letzten Endes nicht um Unterstützungen an Geld oder Geldeswert. Ihren Geist durch Gründung von Schulen, besessenen Vereinen, durch Herausgabe von Büchern und Zeitschriften — stärken, ihr völkisches Bewußtsein wachen und pflegen, soll nun Zweck und Ziel einer zu gründenden Gesellschaft sein.“ So meint die polnische Presse. Wir sind ebenfalls wohl und ganz für Unterstützung der Auslandspolen. Was aber einem recht ist, sollte dem andern (uns Deutschen in Polen) billig sein. Leiber, weit gefehlt!

In Tembera (Kleinnolen) erscheint seit April eine neue deutsche Wochenschrift, das „Ost-Deutsche Volksblatt“. Die erschienenen drei Nummern bieten einen reichen Inhalt. Ganz besonders reichhaltig verfaßt die Abteilung „Aus Stadt und Land“ zu werden. Wir begrüßen aufs herzlichste die neue Zeitschrift. Möge sie kräftig und mit autem Erfolge für die Sache unserer Volksangehörigen in Polen eintreten! Mögen ihr die schmerzlichen Bruderkämpfe, wie sie uns leider von Gott auferleat wurden, erspart bleiben. Unseren Lesern, die mit den Verhältnissen der Volksangehörigen in Galizien bekannt werden wollen, empfehlen wir aufs beste diese Wochenschrift. Als verantwortlicher Schriftleiter zeichnet Heinz Heckel. Bestellungen sind unter der Anschrift: Lwów, Zielona 11, zu richten. Halbjährlich kostet das Blatt 600 Mk.

Einwanderung von Deutschen in die Vereinigten Staaten. Im Monat Februar kamen aus Deutschland 967 Einwanderer an; aus Oesterreich 201; aus der Schweiz 221. Im ganzen sind aus diesen drei Ländern, welche in der Hauptsache deutschsprechende Einwanderer schicken, während der vergangenen acht Monate nach den Vereinigten Staaten gekommen: 12,262 aus Deutschland, 2839 aus Oesterreich und 2592 aus der Schweiz.

Nach dem Einwanderungs-Gesetz könnten also bis 1. Juli noch hier zugelassen werden: 55,777 Einwanderer aus Deutschland, 4605 aus Oesterreich und 2592 aus der Schweiz.

Etwas anders steht es mit Rußland, das viele Deutsch-Russen schickt. Aus Rußland kamen in den letzten acht Monaten 16,896 Einwanderer und bis Juli werden noch 17,351 Personen zugelassen werden, welche in Rußland geboren sind.

In Deutschland leben annähernd bei einer halben Million Polen. Nach zuverlässigen Anga-

ben haben sich bei 20,000 Polen aus dem Rheinland und Westfalen für die polnische Staatsangehörigkeit erklärt, was mit Familiengliedern ungefähr 100,000 Personen ausmache. Dazu kämen schätzungsweise aus Berlin, aus der Lausitz, aus Bayern, Baden und Hamburg noch bei 10,000 Familien mit 50,000 Köpfen. Binnen Jahresfrist ist also mit einer Rückwanderung von 150,000 Seelen nach Polen zu rechnen, da angesichts eines zu erwartenden Arbeitsmanqels in Deutschland zunächst die Polen arbeitslos werden würden.

„Die Kinder sollen deutsch bleiben.“ Eine Kolonie von 170 deutschen Mennoniten, Männer, Frauen und Kinder, sind vor kurzem aus der Stadt Haskett in Minnesota abgefahren, um sich nach Torreon in Mexiko zu begeben; sie haben sich aus einer Reihe von Gründen entschlossen, ihre bisherige Niederlassung nahe der kanadischen Grenze zu verlassen, u. a. ist es das Gesetz, welches verlangt, daß die heranwachsende Generation Englisch lernen muß, das die Opposition der Leute wahrrief. Einer ihrer Führer, Benjamin Fuhr, erklärte: „Wir sind Deutsch und wollen, daß unsere Kinder deutsch bleiben.“

Vom Baumstamm zur Zeitung. Der Wunsch, die genaue Zeit festzustellen, die ein im Walde stehender Baum gebraucht, um sich in eine Zeitung zu verwandeln, hat, wie „Der Papierfabrikant“ berichtet, dem Besitzer einer harzer Papierfabrik den Anlaß zur Ausführung eines interessanten Experiments gegeben. Um 7 Uhr 35 Minuten ließ er in dem der Fabrik benachbarten Walde drei Bäume fällen, die nach der Abschälung der Rinde in die Holzstofffabrik transportiert wurden. Die Umwandlung der drei Holzstämme in flüssige Holzmasse ging so schnell vor sich, daß bereits um 9,39 Uhr die erste Rolle Druckpapier die Maschine verließ. Diese Rolle wurde mittels Automobil unverzüglich nach der vier Kilometer entfernten Druckerei einer Tageszeitung geschafft, und bereits um 11 Uhr vormittags wurde die Zeitung auf der Straße verkauft. Demnach hatte es nur eines Zeitraumes von 3 Stunden 25 Minuten bedurft, damit das Publikum die neuesten Nachrichten auf dem Material lesen konnte, das von den Bäumen stammte, auf dessen Zweigen die Vögel noch am Morgen ihre Lieder gesungen hatten.

Danina. Bis zum 15. April wurde auf dem Gebiet der Republik Polen als außergeroöhnliche Steuer (Danina) bei 36 Milliarden eingezahlt, was beinahe die Hälfte der auf die Steuerzahler auferlegten Summen ausmacht. Nach der letzten Berechnung hofft die Regierung ungefähr 90 Milliarden Mark zu bekommen.

Die Urwälder von Bialowiezha stellen einen ungeheuren Reichtum dar. Bei sachgemäßer Ausbeutung der prächtigen Waldbestände, die ungefähr eine Fläche von 100,000 Hufen einnehmen, ließe sich in der Staatskasse so manches Loch stopfen. Seit drei Jahren ziehen sich nun die Verhandlungen der Regierung mit französischen, englischen, holländischen und schwedischen Großkaufleuten hin. Scheinbar soll es endlich zu einem Abschluß kommen. Die polnischen Besitzer der Papierfabriken möchten an der Hölzung des Bialowiezher Waldes einen Anteil haben wollen, denn zur Herstellung von Papier wird seitens der Fabriken bei 16,000 Kubikmeter Holz monatlich verbraucht.

Polnisches Ausfuhrverbot für Seradella. Da in Polen sich der Mangel an Seradella bemerkbar macht, hat das polnische Landwirtschaftsministerium die Ausfuhr dieser Ware untersagt.

Die Lage der polnischen Landwirtschaft. Polen hat noch immer als ein Land zu gelten, in dem die Landwirtschaft unter den Erwerbszweigen an erster Stelle steht. Auch heute noch nimmt das Ackerland in Polen etwa 50 Prozent

der Gesamtfläche ein während auf Wälder 30 Prozent, auf Weiden und Unland rund 20 Prozent entfallen. Gegenüber dem Jahre 1920 hat die polnische Landwirtschaft im vergangenen Jahre eine verhältnismäßig günstige Entwicklung erfahren. Die Ernte des Jahres 1921 ist gut gewesen und hat die Ernte des Jahres 1920 um etwa 220,000 Waggons übertroffen. Ungünstiger lagen die Verhältnisse bei der vorjährigen Kartoffelernte, die unter der Trockenheit des Sommers zu leiden hatte. Eine Sorge, die auf der polnischen Landwirtschaft in den letzten Jahren schwer gelastet hatte, fällt zu einem nicht unbeträchtlichen Teil fort: die Beschaffung von künstlichen Düngemitteln. Während bisher Polen gezwungen war, künstliche Düngemittel aus Amerika, Deutschland und Frankreich zu beziehen, werden durch die Zuteilung oberschlesischen Gebietes fortan auch die Stickstoffwerke in Chorzow und Zawodzie zu Polen gehören. Wie groß der Umfang der für die polnische Landwirtschaft benötigten künstlichen Düngemittel ist, geht daraus hervor, daß vor dem Kriege der Bedarf Polens an künstlichen Düngemitteln etwa 120,000 Waggons betrug.

Unberührte Furchba leitete Erst kürzlich ist ein Bericht über einen großen Broieck in Siamata eingelaufen, dessen Verlauf auch dem Abnehmer die Augen darüber öffnen müßte, wie weit die Dinge im Osten Europas gediehen sind. In der Ausgabe vom 1. November 1921 berichteten die holländischen „Nieuwspijer“ in Batavia:

Die Leitung der holländischen Schweinezüchterei in Sukulut war angeklagt, die Leichen von Cholera Typhus und an anderen Krankheiten Verstorbenen für — Futter verarbeitet zu haben. — Seit dem Juli 1921 luden die Sanitäre und Kirchhofstener in der Nacht die Leichen in der Schweinezüchterei ab wobei sie für jede Leiche ein halbes Pfund Tobak erhielten. Die Leichen wurden gekocht und den Schweinen vorgeworfen. Die Administration sagte folgendes aus: Die Leichen sind nicht im rohen Zustande verbraucht worden, da aber für die Züchter die vorgesehene Ration zu gering war (um so mehr, als die Anwohner nur alle 24 Stunden 1 Pfund Brot erhielten, welches schlechter war als das aus Schweinefleisch zubereitete) andererseits aber der Slowjet ein gesundes Aussehen der Schweine verlangte, so wurde gestattet, die Schweine mit gekochtem Mas zu füttern. Die Slowjetvertreter hatten dies mit den Worten genehmigt: „Füttert sie, Genossen, aber kocht das Mas ordentlich.“ Da die Arbeiter das frühere Schweinefutter fast selbst aufhaken, so war die Leitung der Züchter gezwungen, die Leichen der Verstorbenen zu benutzen.

Das Gericht sprach die Angeklagten frei, nur der Leiter wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Einkommensteuer-Erklärungen. Das Finanzministerium gibt bekannt, daß die Frist zur Abgabe der Einkommensteuer-Erklärungen für physische Personen vom 1. Mai bis zum 1. Juli und für Rechtspersonen bis zum 1. August verlängert wurde.

Ein Dieb im Sarge. Zwei Warschauer Spitzbuben begaben sich nach Kujawien, um hier zu den Osterfeiertagen ihr „Schäfchen zu scheren“. Es gelang ihnen, einige gute Griffe zu tun, so daß sie mit einem gestohlenen Gespann auf dem Rückwege sich befanden. Da wollte es das Unglück, daß sie bei der nächtlichen Fahrt durch Kutno von zwei Polizisten angehalten wurden. Sie bemühten sich zu entfliehen, die Schutzleute machten aber von ihren Waffen Gebrauch und streckten einen Dieb und eins der Pferde nieder. Der zweite entkam in ein naheliegendes Gehöft, das eine Tischlerwerkstatt barg. Die eifrigen Nachforschungen blieben fruchtlos. Da begann man die angefertigten Särge zu durchsuchen und

sand in einem den Dieb. Er lag ganz mäusestill und mit überkreuzgelegten Armen. Durch einen wuchtigen Peitschenhieb vollbrachte man dessen Auferstehung.

Banditenüberfälle. Auf der Banstraße zwischen Paßl und Below überfielen 4 bewaffnete Banditen einen Wagen, auf dem sich die Kaufleute Kasael Belewerd, Israel Herschlit und Schmal Kasalsti aus Szegewow und Waclaw Jaracinski aus Pabianice befanden. Die Banditen verlangten unter Drohungen die Herausgabe des Geldes. Nachdem sie 100 000 Mark erhalten hatten, flüchteten sie. Die sofort vom Ueberfall benachrichtigte Polizei unternahm eine Streife, die aber erfolglos verlief.

Ein zweiter Ueberfall fand im Dorfe Sokolow bei Boby statt. Dort überfielen drei maskierte Banditen das Gehöft von Jan Cyran. Die Banditen sagten, um in die Wohnung zu gelangen, ein Stück der Tür heraus. Von innen war jedoch die Tür mit Bretterbänken verriegelt, so daß die Banditen einen anderen Weg einschlagen mußten. Sie stellten deshalb eine Leiter an das Haus und gelangten vom Boden aus in das Schlafzimmer der Familie Cyran. Im Schlafzimmer befanden sich außer dem Besitzer noch dessen Frau und einige Kinder. Die Banditen befahlen ihnen, daß sie sich ruhig verhalten müßten und forderten von Cyran die Herausgabe des Geldes. Auf Cyrans Erklärungen, daß sich das Geld im nächsten Zimmer befände, begab sich einer der Banditen in das benachbarte Zimmer, während der zweite im Schlafzimmer zurückblieb und der dritte auf dem Hofe Wache hielt. Aus dem Zimmer wurden verschiedene Gegenstände, 35 000 M. sowie 10 Rb. in Gold und einiges Silbergeld geraubt. Nachdem der eine Bandit noch die anderen Wohnräume geplündert hatte, schlossen sie die Türen ab und flüchteten.

Ferner drangen 4 mit Revolvern bewaffnete Banditen in die Wohnung des Weinhändlers Ungier in Szabel ein. Sie bedrohten die Anwesenden, raubten Geld, Wäsche sowie einige Flaschen Schnaps und entliefen ungehindert.

Zwei Polizisten erschossen. In Milonuzel bei Warschau bemerkten die auf einer Streife sich befindenden Polizisten Laszkowski und Szymanski zwei verdächtige Personen. Auf den Anruf der Polizisten: „Wer dort?“ antworteten die Verdächtigen mit einer Reihe von Schüssen. Szymanski, von einer Kugel in die linke Seite getroffen, brach sofort tot zusammen, während eine andere Kugel Laszkowski in den rechten Lungenflügel traf. Laszkowski hinterläßt eine Frau und 5 Kinder; Szymanski, der seiner Verwundung bald erlag, die Frau und 2 Kinder.

Ausschreitungen von Rekruten. Auf der Station Jablonna Legionowa hielt ein aus Polen kommender Zug mit Rekruten. Ungefähr 300 verließen den Zug, stürmten in die Stadt und begannen eine Konditorei zu plündern. Als einige Schüsse in der Richtung nach der Konditorei fielen, zog auch der Besitzer des Revolver und feuerte auf die anstürmenden Rekruten. Einer der Rekruten wurde verwundet. Den gemeinsamen Bemühungen der Ortspolizei und der Gendarmarie gelang es die Ordnung wiederherzustellen.

Ein zweiter ähnlicher Fall, der jedoch einen ernsteren Ausgang nahm, trug sich in Warschau selbst zu. Dort begleitete eine 40 Mann starke Militärtruppe 700 Rekruten zum Drescher Bohngof. Die Rekruten, die sich im angeheiterten Zustande befanden, spielten auf dem Bahnhofs-Karten anstatt dem Befehle des energischen Leutnants, in den Waggons Platz zu nehmen, Folge zu leisten. Der Offizier ließ darauf die Karten wegnehmen, stieß dabei jedoch auf Widerstand der Rekruten. Die

Rekruten stießen Drohungen aus und einen von ihnen beleidigte der Offizier. Als Antwort auf die Beleidigung zog der Leutnant einen Revolver und schoss den Rekruten nieder. Die Rekruten stürzten sich daraufhin auf den Leutnant, der sich nicht wehren konnte. Unterleutnant Myszakiewicz, der sich bei den Ausschreitungen befand, wurde von ihnen niedergeworfen und mit Säbeln getreten. Erst einer vorübergehenden Polizei-Hilfe gelang es, die Ordnung wiederherzustellen. Der Zustand des schwerverletzten Unterleutnants Myszakiewicz ist hoffnungslos.

Die Fabriken in der Republik Polen arbeiten gegenwärtig im vollen Umfang. Der seit dem Herbst vergangenen Jahres wahrnehmbare Stillstand ist fast vollständig gewichen. Neue Handelsbeziehungen wurden in letzter Zeit mit Rußland und Danzig angeknüpft. Die Firma Geyer in Lodz hat große Warenmengen an die Sowjetregierung verkauft. Der weiteren Geschäftsentwicklung steht der Mangel an Geld und das Verlangen der Zahlungsausschiebung seitens der Sowjetregierung im Wege.

Wochenschau.

Inland. Der Sturm in unserer evangelischen Kirche hat sich noch nicht gelegt. Am 26. und 27. April tagte in Warschau eine Pastorensynode, die sich mit der Besprechung des Notstandes unserer Kirche befaßte. Wie voraussehbar war, hatten nur sehr wenige Pastoren den Mut, offen gegen die Vergewaltigungsmethode des Warschauer Konsistoriums und des Generalsuperintendenten aufzutreten. Dem politisch hochbegabten Oberhirten war es kein schweres Spiel, die Mehrzahl der ihm unterstehenden Pastoren in sein Schlepptau zu nehmen und die Synodalen so weit zu bringen, daß sie ihm sogar eine Art von Vertrauensvotum (!) ausdrückten. Man war sich dessen bewußt, daß der Bobekische Entwurf dem Wunsche einer Anzahl von Gemeinden nicht genügend gerecht wird, „doch da er die Möglichkeit bietet, die evangelische Kirche Polens zu ihrer Selbstbestimmung (!) durch die konstituierende Synode demnächst zu verhelfen“, so sahen sich die Synodalen „veranlaßt“, diesem Antrag zuzustimmen. Unterdessen ist dieser unglückselige Bobekische Antrag trotz des entschiedenen Protestes der Gemeinden von Lodz und Umgebung in 3. Lesung im Sejm durchgeordungen. Unsere Sejmabgeordneten haben es auch unterlassen, ihrer Pflicht nachzukommen und gegen den Entwurf aufzutreten. Wir haben also bald eine auf gesetzlicher Grundlage einberufene Landesynode zu erwarten. Ob der Oberhirte und die Herren seines Anhangs auch auf dieser Synode den Friedenswillen beweisen werden, wie sie ihn auf der erwähnten Pastorenkonferenz vorgegeben haben, wird die Zukunft lehren. Für uns aber ergibt sich nun in Anbetracht der veränderten Tatsachen die heilige Pflicht, bei den Wahlen in die Synode nur solche Männer durchzubringen, denen es wirklich Ernst um den Frieden und das Wohl unserer Kirche ist.

Aus Anlaß des deutsch-russischen Vertrages ist auch zwischen Polen und Rußland eine kleine Spannung eingetreten. Polen hat sich auch in dieser Angelegenheit von Freundschaftsgefühlen leiten lassen und in den Protest der Entente gegen den oben erwähnten Vertrag mit eingestimmt. Rußland sieht in dem Vorgehen Polens eine Verletzung des Rigaer Friedensvertrages: Da Polen durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Riga die Sowjetregierung rechtlich anerkannt habe, bedeute sein jetziges Vorgehen ein Attentat gegen die Selbstbestimmung Rußlands, indem diesem durch die Einlegung des

Protestes das Recht abgesprochen wird, eigenmächtig Verträge abzuschließen zu dürfen. Die polnische Regierung betont hingegen, daß ihr Vorgehen den Friedensvertrag von Riga nicht verletze, da Polen durch die Unterzeichnung des Vertragsprotokolls die Sowjetregierung amtlich noch nicht anerkannt habe. — Diese neue Spannung zwischen Polen und den großen Nachbarn im Osten ist nur zu bedauern. Polen ist zu sehr am Wiederaufbau Europas interessiert, als daß es sich erlauben könnte, es mit Rußland, daß bei diesem Wiederaufbau die Hauptrolle spielt, zu verderben.

Im Handel und in der Industrie hat sich die Lage in den letzten Tagen bedeutend gebessert. Diese erfreuliche Tatsache läßt sich wohl durch die wachsende Ausfuhr erklären. Andererseits aber berechtigt die von Tag zu Tag sich steigende Teuerung zu der Annahme, daß dieser Zustand nicht lange andauern wird. Die Fabrikarbeiter verlangen wieder bedeutende Lohnerhöhungen, was wohl auch diesmal zu einem Streik und infolgedessen zu einer Stockung in der Industrie führen wird.

Deutschland. Durch den Vertrag mit Rußland hat sich Deutschland in die Reihen der gleichberechtigten Staaten gestellt. Daß dies selbständige Vorgehen Deutschlands den Franzosen durchaus nicht gefallen hat, ist nur zu leicht verständlich. Da aber im Vorgehen Deutschlands keine Verletzung der Verpflichtungen von Cannes vorliegt und Frankreich darum auch nicht die Ungültigkeitserklärung des deutsch-russischen Vertrages erzwingen kann, so muß Deutschland für seinen Ungehorsam auf anderem Wege bestraft werden: die Finanzkontrolle soll trotz des Protestes Deutschlands doch durchgeführt werden. Auch droht Frankreich, sofort die Städte Essen, Frankfurt a. M. und Mannheim zu besetzen, falls sich die deutsche Regierung die geringste Verzögerung bei den Entschädigungszahlungen zuschulden kommen lassen sollte. England und Italien ziehen nicht so scharfe Saiten auf; die englische Presse tritt sogar ganz entschieden dem Savelgerassel Frankreichs entgegen. Ob aber diesmal nicht auch wieder die Macht über das Recht hinweggehen und Frankreich seinen Willen durchsetzen wird, ist stark zu bezweifeln.

Italien. Die Genueser Konferenz, an welche die Menschheit so schöne Hoffnungen knüpfte, hat bisher nur geringe Früchte gezeitigt. Den Mittelpunkt aller Besprechungen bilden nach wie vor das russische Problem und der zwischen Deutschland und Sowjetrußland abgeschlossene Sondervertrag. Während England und Italien ausdrücklich und im Einklang mit der öffentlichen Meinung ihrer Länder die deutsche Antwort gebilligt und den Zwischenfall des deutsch-russischen Vertrages als beigelegt betrachteten, sieht sich Frankreich in den schärfsten Gegensatz zu den beiden Verbündeten. Französische Großmannsjucht hat es fertig gebracht, die Wogen der Erregung von neuem aufzupeitschen und die Atmosphäre in Genua dermaßen zu vergiften, daß die Aussichten auf eine glückliche Lösung der europäischen Fragen immer mehr schwinden. Frankreichs Bestrebungen gehen dahin, der Konferenz, die Deutschland in eine neugeordnete, europäische Wirtschaft einfügen wollte, einen tödlichen Schlag zu versetzen. Aufgestachelt durch das Geschrei der Pariser Presse, hat sich Barthou, der Führer der französischen Delegation, zu einem rücksichtslosen Vorstoß gegen Deutschland verleiten lassen, um so auf diese Weise einen Bruch mit der deutschen Delegation herbeizuführen. Die Franzosen haben ein umso schwereres Spiel, da auch Rußland sich nicht gefügig genug zeigt. Rußland erkennt die Schulden der Jarentregierung, die vor dem Herbst 1914 gemacht wurden, an, verlangt aber eine Stundung derselben und außerdem die Streichung der Kriegsschulden. Diese Bedingungen über macht Rußland von einer Anerkennung der

Räteregierung durch alle in Genua vertretenen Staaten sowie von einer weitgehenden Kreditwährung abhängig. Auch verlangt Rußland von Polen Riesensummen als Entschädigung dafür, daß unsere Regierung die Umtriebe der russischen Flüchtlinge auf Polens Boden duldet. — Die Beziehungen zwischen Moskau und Warschau sind sehr gespannt.

Frankreich. Um Frankreich von einem vorläufigen Schritte abzuhalten, schlägt Lloyd George vor, in Genua über die Entschädigungsfrage und die eventuellen Sanktionen zu verhandeln. Da sich die Regierungen der verbündeten Staaten gegenwärtig in Genua befinden, hält es der englische Ministerpräsident für angebracht, sich in dieser wichtigen Angelegenheit sofort zu verständigen und einen diesbezüglichen gemeinsamen Beschluß zu fassen.

Amerika. Wie ernst es die Großmächte mit einer Abrüstung meinen, geht aus einem Washingtoner Bericht hervor, demzufolge der Kriegsminister dem Senat einen Entwurf zur Vergrößerung der amerikanischen bewaffneten Macht von 115 auf 150 tausend Mann für das künftige Jahr vorgelegt hat.

China. Einer Nachricht aus Washington zufolge hat der Gouverneur der Mandschurei, General Dhan Tsö-Ein am 22. April Peking und Tientsin besetzt. Da der genannte General in japanischer Solde steht, ist durch diesen Staatsstreik ganz Nord-China unter japanischen Einfluß geraten.

Irland. In verschiedenen Ortschaften Irlands finden Zusammenstöße zwischen republikanischen und königlichen Truppen statt.

Kurze telegraphische Meldungen.

Im Auswärtigen Amt in Berlin ist ein deutsch-finnisches Wirtschaftsabkommen von Vertretern beider Staaten unterzeichnet worden.

In Saloniki (Griechenland) ereignete sich eine furchtbare Explosion von Kriegsmaterial. Mehrere Gebäude sind zerstört und Hunderte von Soldaten und Kindern unter den Trümmern begraben.

Auf der Station Kopitzce bei Krakau hat sich ein Eisenbahnunfall ereignet. Infolge Nichtbeachtung des Signals prallten zwei Züge zusammen, wobei 8 Personen getötet, 19 schwer und 59 leicht verletzt wurden. 2 Lokomotiven und 6 Waggons sind zertrümmert.

In Japan fand unweit Tokio ein starkes Erdbeben statt. Viele Einwohner sind umgekommen. In Yokohama ist das ganze Chinesenviertel verschüttet.

Die Besatzungskosten für Oberschlesien

betragen 10 Milliarden Mark, die von Deutschland und Polen (im Verhältnis zu dem jedem Staate zugesprochenen Teil) bezahlt werden sollen.

Eine amerikanische Finanzgruppe hat Polen ein bankmäßiges Darlehen von 25 Millionen Dollar angeboten. Das Finanzministerium will das Angebot annehmen und die Gelder zur Hebung der Industrie verwenden.

Auf der Warschauer Getreidebörse sind die Preise nach wie vor fest; so zahlte man für einen metrischen Zentner (244 Pf.) Weizen — 18,500, Roggen — 13,500, Hafer — 13,000 (mit Zustellung nach Warschau, blaue Lupinen — 8,500, Wicken — 11,000.

Die ausländischen Geldwährungen zogen klein wenig an; so wurde gezahlt:

	25. 4.	27. 4.	29. 4.
1 Dollar	3825 Mk.	3940 Mk.	4055 Mk.
1 Pfd. Sterling	17125 "	17650 "	18100 "
1 franz. Frank	362 "	386 "	377 "
1 deutsche Mark	16 "	14 "	14 "

Millionuwka. Bei der Ziehung am 29 April fiel das Los auf Nr. 945,817.



Die **Drogen- u. Samen-**Handlung

von **Berthold Pilz**

Lodz,

Gurny Rynek (Geyer's Ring) Nr. 5,

hat aus Erfurt einen großen Transport frischen Samen, wie: Blumen-, Gemüse- und Futterrüben-Samen usw. erhalten und empfiehlt diesen zu mäßigen Preisen.

Außerdem empfiehlt sie ihr reichhaltiges Lager in Apothekerwaren, kosmetischen und chirurgischen Artikeln, Farben, Ölen usw.

Besonders große Auswahl in verschiedenen Parfüms und Seifen.



An unsere geschätzten Leser.

Kein Monat vergeht, ohne daß unser Verlag gezwungen wäre, die Löhne der Setzer und aller Angestellten des „Volksfreund“ bedeutend zu erhöhen. Was ferner die Preise des Papiers und der Druckfarbe betrifft, so sind diese im Laufe der letzten Monate um das Dreifache (300 Proz.) gestiegen. Wir sehen uns daher gezwungen, die Bezugs- und Anzeigerpreise für das 2. Vierteljahr um 50 Proz. zu erhöhen, so daß der Bezugspreis 300 Mk. ausmacht. Wir bitten unsere lieben Leser höflich um entsprechende Nachzahlung.

Der Verlaag.

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. H., Petrikauer Straße 26.

Die Billigsten

in Lodz sind

Schmehel & Rosner,

Petrikauer Straße Nr. 100, Filiale Nr. 160, weil sie rechtzeitig noch vor der Preissteigerung eingekauft haben.

Es sind am Lager in großer Auswahl:

Damen Kleider, neueste Damen-Mäntel, Kostüme, Röcke, Kleiderstoffe in Garbardin, Cheviot, Boston und Flora. Ferner: Herren- und Damen-Wäsche aus Madapolam sowie feine Damen-Wäsche aus Batist, Etamin; Strümpfe, Weißwaren auf Meter, Bettzeuge, Kretons, Handtücher, Tischdecken, Laken etc.

Norge-Salpeter

ist auf unserem Lager eingetroffen. Bestellungen bitten wir sofort zu machen, da große Nachfrage herrscht.

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen Lodz, Alje Kosciuszki 45/47. 18

Spargelder

verzinsen wir bei täglicher Kündigung mit 6% 8-wöchentl. 10% 1-jährl. 12%

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen Lodz, Alje Kosciuszki 45/47. 8-8

Zu der im Donnerstag, den 1. Juni 1922, nachmittags 2 Uhr, im Saale des Deutschen Schul- und Bildungsvereins Lodz, Petrikauer Straße 243, stattfindenden

ordentlichen General-Versammlung

werden unsere Aktionäre hierdurch einzuladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage und Genehmigung des Geschäftsberichtes und der Bilanz für das Jahr 1921.
2. Bericht der Revisionskommission.
3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
4. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung.
5. Wahlen von Mitgliedern der Verwaltung und der Revisionskommission.
6. Genehmigung zur Uebertragung von Namensaktien.
7. Satzungs-Änderungen.
8. Sonstiges.

Zur Ausübung des Stimmrechtes müssen die Aktien gemäß § 43 unserer Satzung mindestens 7 Tage vor der Generalversammlung bei der Gesellschaft in Lodz, oder bei der Post in Posen, hinterlegt werden. Im Anschluß an die Tagesordnung hält Herr Dr. Wagner als Besen einen Vortrag über „Saatgutbau und Anwendung von künstlichen Düngemitteln“.

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen A.-G. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates Dr. Wegener, Landesökonomierat.